

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Tagesblatt Rieser,
Gemein Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Merken.

Postfachkonto: Dresden 143,
Groschke Nr. 52.

Nr. 259.

Freitag, 6. November 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bote. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraumbesondere und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Derzeitiger Rabatt erfolgt, wenn der Betrag vorläufig durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontura gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Verbreitungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Grotzschke Nr. 52. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Tittich, Rieser.

Um die Rückwirkungen der Sattverträge.

Die Aufmerksamkeit der politischen Kreise konzentriert sich jetzt auf die bevorstehenden Entscheidungen der Wirtschaftskommission und auf die Entschlüsse der alliierten Besatzungsregierungen, die jetzt endlich damit anfangen, die Diskussion über die Frage der politischen Rückwirkungen des Sicherheitspakt zu eröffnen. Die Linie, auf der die alliierte Diplomatie die von ihr in Aussicht genommene Lösung dieses Problems vorbereitet, wird jedoch im gegenwärtigen Stadium der Beratungen keineswegs so klar gezeichnet, wie es die deutsche Regierung gefordert hat und wie es den Notwendigkeiten entspricht, die die deutschen Vertreter den alliierten Staatsmännern auf der Konferenz von Locarno vorgelegt haben. Im Gegenteil, sowohl die französische als auch die englische Diplomatie zeigt das offenkundige Bestreben, das Entgegenkommen gegenüber Deutschland ganz erheblich einzuschränken, und im entscheidenden Augenblick der deutschen Regierung entgegenhalten zu können, daß erst der Sicherheitspakt perfekt sein müsse, ehe man die deutschen Forderungen erfüllen könne. Die französische Presse veröffentlicht schon jetzt einige Umrisse über das angebotene Abkommen, das die Besatzungsmächte unter sich über die Erleichterungen des Besatzungsregimes getroffen haben sollen. Danach will man den Verwaltungsapparat reorganisieren und eine Reihe allierter Überwachungsstellen abbauen. Die Wiederherstellung eines deutschen Wirtschaftslebens der internationalen Rheinlandkommission soll der deutschen Forderung auf mitbestimmenden Einfluß innerhalb des Besatzungsregimes gerecht werden. Schließlich werden noch gewisse Zugeständnisse über die Wiederherstellung der deutschen Pressefreiheit im besetzten Gebiet angefragt. Alle diese sogenannten „Widerungen“ stellen jedoch nichts anderes dar, als die Wiederholung früherer Zugeständnisse, die schon bei der Unterzeichnung des Dawes-Entlastens durch Deutschland versprochen worden waren. Es werden in keiner Weise den Voraussetzungen gerecht, die Deutschland für das Zustandekommen des Sicherheitspaktes aufgestellt hatte.

Es ist noch in Erinnerung, daß die deutsche Delegation vor ihrer Abreise nach Locarno entschlossen war, die grundlegende Aenderung des Besatzungsregimes auf der Konferenz selbst zur Sprache zu bringen. Regierung und Parteien waren sich darüber einig, daß der ganze Friedenspakt nur dann einen brauchbaren Wert haben könne, wenn dadurch das langgestohnte Ziel erreicht wird, die Freiheit der besetzten Gebiete in absehbarer Zeit zurückzugewinnen. Deutschland konnte sich darauf berufen, daß der Zweck der Besatzung im Versailler Friedensvertrag ausdrücklich in dem Grundgesetz festgelegt wurde, daß Frankreich und seine Verbündeten sich entsprechende Sicherheiten gegen einen deutschen Angriff schaffen müßten. Der „Sicherheitspakt“, wenn er diesen Namen wirklich verdienen will, sieht aber an sich schon die rechtliche Verpflichtung für Deutschland vor, keinen gewaltsamen Angriff gegen die Westmächte zu unternehmen. Damit fällt jeder Grund fort, das Besatzungsregime weiter aufrecht zu erhalten zu wollen. Um den alliierten Regierungen die Möglichkeit zu bieten, den deutschen Forderungen Rechnung zu tragen, hat man deutscherseits nicht etwa die Bedingung gestellt, daß die Besatzung sofort vermindert werden solle, sondern man hat sich die denkbar größte Mäßigung auferlegt, indem man lediglich das Verlangen ausdrückte, daß die Besatzungstruppen verringert werden sollten und daß die im Versailler Vertrag vorgesehenen Räumungsfristen verkürzt werden müßten. Noch ist von allierter Seite mit keinem Wort davon gesprochen worden, wie man sich zu diesem deutschen Vorbehalt Deutschlands verhalten solle, ohne zu berücksichtigen, daß dadurch die Möglichkeiten des Zustandekommens des Sicherheitspaktes ernsthaft gefährdet werden.

Noch eine Frage ist es, die der deutschen Regierung Veranlassung gibt, mit ernstlichen Besorgnissen auf die unerwartete Verändertenpolitik der alliierten Diplomatie zu blicken. Man stellt zwar die Räumung der Kölner Zone in Aussicht, aber man will die internationalisierte Militärkontrollkommission beibehalten, um angeblich noch einige „Ausstellungen“ an der deutschen Abrüstung zu tätigen. Diese Absicht wäre ein neuer Schlag ins Gesicht Deutschlands, wäre eine ungeheuerliche Verzerrung des Sinnes der Locarno-Verträge, die man nach ihrer Paraphierung bekanntlich als das große Werk der europäischen Verständigung gefeiert hat. Sicherheitspakt und alliierte Militärkontrollkommission sind zwei Begriffe, die nach deutscher Auffassung nicht zusammenpassen. Darum wird die Reichsregierung jetzt ihre ganze Kraft dazu brauchen, um gegen die Zumutungen anzukämpfen, die man wieder einmal an Deutschland stellen will, ohne zu bedenken, daß jetzt eine neue Ära der europäischen Politik beginnen soll, die mit der Vergangenheit endlich aufzuräumen und die Voraussetzungen für die Festigung des europäischen Friedens zu schaffen hätte.

Die Kieler Antialkohol-Zugung.

Abd. Kiel. In der Aula der Kieler Universität ist die Hauptversammlung des Vereins gegen den Alkoholismus durch Doktor Stubbe eröffnet worden. Grüße und Wünsche haben der Kieler Zugung u. a. übermitteln lassen das Preussische Volksbildungsministerium, der Deutsche Evangelische Kirchenrat, der Oberpräsident und Regierungspräsident sowie die Stadt Kiel.

Ein Komplott gegen Mussolini aufgedeckt.

Rom. Nach einer Meldung der Agenzia Stefani hat die Polizei in Rom den ehemaligen sozialistischen Abgeordneten Janiboni verhaftet, der Vorbereitungen zu einem Anschlag auf Mussolini getroffen habe.

Rom. Die Regierung hat die Auflösung der eingetragenen sozialistischen Partei an ihrem Hauptstamm und ihren Zweigstellen verfügt.

Rom. Wie hier bekannt wird, soll General Capello, einer der Führer der italienischen Freimaurerei, und der frühere sozialistische Abgeordnete Janiboni, weil sie ein Komplott gegen das Leben Mussolinis angezettelt haben sollen, verhaftet worden sein. Es sei weiter die sofortige militärische Besetzung aller Freimaurerlogen angeordnet worden. Ferner sollen noch andere hervorragende Mitglieder der Großlogen Italiens in die Verhaftung verwickelt sein. Das Komplott sollte während eines Umzuges in Rom ausgeführt werden, wo sich Mussolini in der Öffentlichkeit zeigte.

Rom. (Meldung der Agenzia Stefani.) Die gehen nachmittag von der Agenzia Stefani verbreitete Nachricht von der Entdeckung eines gegen Mussolini geplanten Attentats rief in ganz Italien eine lebhafte Erregung hervor. Die Zeitungen veröffentlichten Sonderausgaben mit der Nachricht und äußerten in ihren Kommentaren dazu Entzückung über die Schuldigen.

Mussolini sandte ein Rundschreiben an die Präfecten, in dem er sie aufforderte, energisch Betätigungsmassnahmen zu veranlassen.

Die Zeitung der faschistischen Partei befahl allen italienischen Faschisten, sich jeglicher Gewalttat gegenüber Gegnern zu enthalten.

Mussolini empfing bereits sehr viele Glückwunschbesprechungen. Die erste, die einig, war die des Königs, der noch gestern abend vom Minister des Innern Federzoni unterrichtet wurde. Dieser hat seine Reise nach Toskana unterbrochen und ist nach Rom zurückgekehrt.

Rundgebungen für Mussolini.

Rom. Vier landen gestern zahlreiche Rundgebungen für Mussolini statt, deren Teilnehmer abends geschlossen zur Piazza Colonna strömten und dort unter Hochrufen auf Mussolini und Abhängen faschistischer Plakate unter dem bekannten Slogan des Palazzo Chigi demonstrieren. Mussolini erschien nach einiger Zeit und hielt eine Ansprache, in der er zunächst für die Beweise der Sympathie, die ihm von allen Seiten zugekommen seien, dankte und erklärte, daß die Regierung für die Sicherheit, die Ruhe und die Entwicklung des Landes alle Maßnahmen treffen werde. Er forderte eindringlich auf, jeden individuellen Haß und alle Repressalien zu unterlassen, und sagte, wenn ein Attentat gegen ihn geplant gewesen sei, so müsse er sagen, daß er nie ein Locarno, sondern nur der Diener des italienischen Volkes gewesen sei. Der Faschismus werde ohne Rücksicht auf alle Schwierigkeiten sein Ziel erreichen. Auf seine Aufforderung verzichtete dann die Menge, sich ohne Zwischenfall zu zerstreuen, was auch in voller Ordnung geschah, worauf in allen Straßen und öffentlichen Lokalen die Rundgebungen für Mussolini sich erneuerten.

Handelsprovisorium zwischen Deutschland und der Schweiz.

Berlin. Zwischen der Schweiz und Deutschland haben seit einigen Wochen Wirtschaftsverhandlungen in Bern stattgefunden. Das Ziel dieser Verhandlungen war aus deutscher Seite, zunächst einige deutsche Wünsche hinsichtlich des in der Schweiz zur Zeit geltenden Zolltarifs durchzusetzen; in der Hauptsache aber, die deutsche Einfuhr nach der Schweiz dagegen zu sichern, daß sie in wichtigen Artikeln von dem neuen schweizerischen Verhandlungstarif, der in diesen Tagen von der schweizerischen Regierung auf Grund der ihr erteilten Ermächtigung veröffentlicht wird, nachteilig getroffen wird. Die Schweiz hatte andererseits den Wunsch, die dringendsten Beschwerden zu beseitigen, die die schweizerische Industrie und Landwirtschaft im Hinblick auf den seit dem 1. Oktober geltenden deutschen Zolltarif hat. Die beiden Regierungen haben sich deshalb geeinigt, daß sie zunächst einmal ein nur für kürzere Zeit gedachtes Provisorium abschließen, das den auf beiden Seiten bestehenden dringendsten Notwendigkeiten Rechnung tragen soll. Die Verhandlungen haben nunmehr zu einer Einigung geführt, jedoch die Unterzeichnung des Provisoriums in Bern bevorsteht. An dieses Provisorium werden sich dann zu einem nicht zu fernem Zeitpunkt, der zwischen den beiden Regierungen noch zu vereinbaren ist, die eigentlichen Handelsvertragsverhandlungen auf breiterer Basis anschließen.

Reise des Reichspräsidenten.

Berlin. Der Reichspräsident wird in den nächsten Tagen zum Besuche der Landesregierungen und der länderständigen Städte nach Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt und Frankfurt (Main) reisen. Der Reichspräsident trifft am Mittwoch, den 11. November in Stuttgart ein und fährt am 12. vormittags nach Karlsruhe weiter, wo er um die Mittagsstunde eintreffen wird. Am Abend des

Die Ordnung nicht gehört.

Rom. (Zuspruch.) Durch Bekanntwerden des Planes eines Attentats auf Mussolini ist bisher die Ordnung in ganz Italien nicht gestört worden. Die Blätter beschränken sich auf einen Abdruck der gemeldeten Mitteilungen über den Plan, nur Messaggero bringt Einzelheiten. Der verhaftete Abgeordnete Janiboni, einer der Hauptagitatoren in der Ausschüttung der Angelegenheit Mussolini gegen den Faschismus hat in letzter Zeit in enger Verbindung mit dem ebenfalls verhafteten General Capello, dem Organisator der antisozialistischen Truppen und dem Verbindungsmann zwischen den italienischen Nationalisten und in Frankreich ansässigen Berühmten gestanden. Von einer geheimen Nachrichtenzentrale in Frankreich werden die europäischen und außer europäischen Länder mit den faschismuskämpflichen Nachrichten versorgt. In Frankreich werden antisozialistische Truppen ausgebildet, um im geeigneten Moment in Italien einzugreifen. In Italien ist eine Anleihe für die Freiheit herausgegeben worden. Verhaftet wurden unter anderem: Ein Mitarbeiter am L'Espresso, Cuglia, der als Sekretär Janibonis gilt und 2 Personen aus Mailand.

Ein angeblich russisch-italienischer Geheimvertrag.

London. Nach einer New Yorker Meldung veröffentlicht New York einen angeblich im vorigen Jahre unterzeichneten Geheimvertrag zwischen Italien und Rußland. Der Vertrag, der den nahen Osten in Interessensphären teilt, beginnt mit der Erklärung, daß die russischen und italienischen Interessen in Ostasien identisch seien und enthält folgende Verpflichtungen: Italien verpflichtet sich für den Fall eines russisch-türkischen Konflikts nicht zur Entsendung von Truppen, wohl aber zur Unterstützung Italiens Rußland so gut wie freie Hand in Rumänien, das als Gebiet bezeichnet wird, wo keine Interessengegenstände zwischen Rußland und Italien bestehen. Rußland verpflichtet sich für den Fall eines italienisch-türkischen Konflikts zur militärischen Unterstützung Italiens durch Entsendung von Truppen und Einsetzung von Seestreitkräften. Weiter erklärt sich Rußland bereit, die Entwicklung der italienischen Sonderinteressen in Jugoslawien nicht zu behindern.

London. (Zuspruch.) Times bemerkt zu dem von der New York World veröffentlichten angeblichen Wortlaut eines Geheimvertrages zwischen Italien und Rußland, sie habe diesen Wortlaut seit einiger Zeit besitzen, aber nicht veröffentlicht, da er ohne die Ermächtigung der italienischen Regierung von den Gegnern der italienischen Regierung in Umlauf gebracht wurde. Nachdem nun aber der Wortlaut von anderer Seite veröffentlicht worden sei, werde es notwendig sein, daß offen erklärt werde, ob er echt sei oder nicht.

selben Tages reist er nach Darmstadt und trifft dort um 8 Uhr abends ein. Am 13. November vormittags verläßt der Reichspräsident Darmstadt und gelangt gegen 1 Uhr mittags in Frankfurt (Main) an. Von Frankfurt wird er in später Nachtstunde wieder nach Berlin zurückfahren.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Vertrag von Locarno.

Berlin. Von der Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung geht dem „WZV“ folgende Mitteilung zu:

Die in einem Teil der Presse am Mittwoch veröffentlichte Mitteilung, nach welcher die von den Vertretern der Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung, den Reichstagsabgeordneten Minister a. D. Gampe und Molath, dem Herrn Reichskanzler abgegebene Erklärung im Widerspruch mit den durch den Vertreter der Fraktion im Auswärtigen Ausschuss, Prof. Dr. Bredt, gemachten Ausführungen stehe, ist vollkommen unrichtig. Bei den Verhandlungen am Mittwoch wurde dem Herrn Reichskanzler lediglich Kenntnis von dem einstimmigen Beschluß des Vorstandes der Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung, welchem auch Prof. Bredt angehört, gegeben.

In dem Beschluß kommt zum Ausdruck, daß der Fraktionsvorstand sich außerstande sieht, eine endgültige Stellungnahme zu dem Vertrag von Locarno einzunehmen, solange noch Verhandlungen zwischen den beteiligten Mächten (Schweiz, deren Ergebnis, insbesondere die Auswirkungen der von der Gegenseite mündlich gegebenen Zusicherungen, erst abgewartet werden müßten. In diesem Sinne hat auch Prof. Dr. Bredt trotz schwerer Bedenken gegen verschiedene Abmachungen keine Stellungnahme im Auswärtigen Ausschuss präzisiert.

Der Herr Reichskanzler hat in der Besprechung am Mittwoch erklärt, daß der ihm mitgeteilte Beschluß des Fraktionsvorstandes im wesentlichen mit der Auffassung der in der Regierung vertretenen Parteien und der Reichsregierung übereinstimme.